Deutscher Bundestag **Drucksache 16/2090**

16. Wahlperiode 29. 06. 2006

Antrag

der Abgeordneten Harald Leibrecht, Dr. Karl Addicks, Christian Ahrendt, Daniel Bahr (Münster), Uwe Barth, Rainer Brüderle, Angelika Brunkhorst, Ernst Burgbacher, Patrick Döring, Mechthild Dyckmans, Jörg van Essen, Otto Fricke, Horst Friedrich (Bayreuth), Dr. Edmund Peter Geisen, Hans-Michael Goldmann, Miriam Gruß, Dr. Christel Happach-Kasan, Heinz-Peter Haustein, Elke Hoff, Birgit Homburger, Hellmut Königshaus, Dr. Heinrich L. Kolb, Heinz Lanfermann, Sibylle Laurischk, Michael Link (Heilbronn), Horst Meierhofer, Patrick Meinhardt, Burkhardt Müller-Sönksen, Hans-Joachim Otto (Frankfurt), Cornelia Pieper, Gisela Piltz, Jörg Rohde, Frank Schäffler, Dr. Max Stadler, Dr. Rainer Stinner, Carl-Ludwig Thiele, Florian Toncar, Dr. Claudia Winterstein, Dr. Volker Wissing, Hartfrid Wolff (Rems-Murr), Martin Zeil, Dr. Guido Westerwelle und der Fraktion der FDP

Für eine zügige Umstellung auf Budgetierung beim Goethe-Institut

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Das Goethe-Institut (GI) ist die größte der nichtstaatlichen Mittlerorganisationen, die laut des Berichts der Bundesregierung zur Auswärtigen Kulturpolitik 2004 „mit der selbstständigen Wahrnehmung kulturpolitischer Aufgaben im Ausland betraut ist und hierfür staatliche Gelder erhält“.

Größter Geldgeber des GI ist das Auswärtige Amt. In den vergangen Jahren sanken die Zuwendungen von 125,6 Mio. Euro (2001) auf 121,7 Mio. Euro (2002), 119,2 Mio. Euro (2003), 114,1 Mio. Euro (2004) bzw. 115,1 Mio. Euro (2005). Aufgrund der bundeshaushaltspolitischen Gesamtlage ist eine Erhöhung der Zuwendungen derzeit nicht in Sicht.

Vor dem Hintergrund der sinkenden Zuwendungen und der Finanzierungsweise, die zum Großteil nach Kameralistik erfolgt, steht das GI derzeit vor enormen finanziellen Herausforderungen, die sich maßgeblich auf die inhaltliche Arbeit des GI auswirken.

Mittel- und langfristig ist für die Behebung der finanziellen Probleme des GI – und damit der Sicherung und Verbesserung der Arbeit des GI – eine Erhöhung der zugewiesenen Haushaltsmittel erforderlich. Da dies auf absehbare Zeit aufgrund der Haushaltslage nicht realistisch ist, sollte kurzfristig auf das Instrument einer Reformierung der Finanzierungsweise durch das Auswärtige Amt zurückgegriffen werden. Diese Reform würde einen wichtigen Schritt darstellen, um die derzeitige finanziell desolate Lage zu entschärfen, gleichzeitig ebnet sie den Weg für eine flexiblere und effektivere Gestaltung der Arbeit des GI.

Bis Anfang 2005 erfolgte die Zahlung der Zuwendungen durch das Auswärtige Amt an das GI anhand der Kameralistik. Dies bedeutete u. a., dass Zuwendungen strikt zweckgebunden waren und mögliche Einsparungen zurück an das Bundesministerium der Finanzen gezahlt wurden.

Vor dem Hintergrund der Nachteile der kameralistischen Finanzierungsweise wurden in einem Pilotprojekt am 1. Januar 2005 die Goethe-Institute in Italien von der Kameralistik auf Budgetierung umgestellt. Aufgrund des Erfolgs dieses Pilotprojekts einigten sich das GI und das Auswärtige Amt, die Budgetierung zu Anfang des Jahres auch auf die Regionen Osteuropa/Zentralasien und Nordamerika auszuweiten. Dieser Schritt ist zu begrüßen.

Durch die Budgetierung erhält das Goethe-Institut verstärkt Anreize zu wirtschaftlichem Handeln. Sie bewirkt höheres Kostenbewusstsein und führt dazu, dass das GI in eigener Verantwortung Entscheidungen treffen kann über die konkrete Nutzung der Zuwendungen. Die Bildung von Geldreserven und Ansparungen von Mitteln für Großprojekte oder größere Einmalzahlungen werden erst durch die Budgetierung ermöglicht. Durch die Festsetzung von quantitativen und qualitativen Messkriterien und Zielvereinbarungen sowie die Bewertung des Mitteleinsatzes durch das Auswärtige Amt am Ende des Jahres werden eine finanzielle und inhaltliche Kontrolle durch das Auswärtige Amt weiterhin gewährleistet.

Damit setzen die Budgetierung und die Absprachen von Zielvereinbarungen zwar die Ausrichtung des GI fest, der Weg dorthin und die einzelnen Arbeitsschritte liegen aber in den Händen des GI und können zielgerichtet, effizient und flexibel gesteuert werden.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

– die Budgetierung des Goethe-Instituts, analog zu den bisherigen budgetierten Instituten, zügig auszuweiten; spätestens bis zum Haushaltsjahr 2008 sollten die Zuwendungen des Auswärtigen Amts an das GI insgesamt budgetiert werden;

– ein entsprechendes Konzept dem Auswärtigen Ausschuss und dem Haushaltsausschuss vorzulegen.

Berlin, den 27. Juni 2006

Dr. Guido Westerwelle und Fraktion

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Telefax (02 21) 97 66 83 44
ISSN 0722-8333